

SPD Parteispitze
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Per E-Mail an: partei Vorstand@spd.de

Berlin, 29. April 2020

Offener Brief: Drohende Ernährungsarmut in der Corona-Krise

Sehr geehrte Frau Esken, sehr geehrter Herr Walter-Borjans,

die Corona-Krise hat erhebliche, bisher nicht für möglich gehaltene Auswirkungen auf unser Zusammenleben in Deutschland: Kontaktsperren, Schulschließungen, Betriebsschließungen und Kurzarbeit – das öffentliche Leben ist über Wochen geradezu vollständig zum Erliegen gekommen. In Windeseile hat die Bundesregierung milliardenschwere Hilfspakete für zahlreiche gesellschaftliche Gruppen und Branchen geschnürt, um die Schäden abzumildern. Doch die bisher beschlossenen Maßnahmen ignorieren jene, die dringender denn je Hilfe benötigen: Einkommensschwache Familien, Empfänger*innen von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe, Asylbewerber*innen sowie Rentner*innen in Grundsicherung. Die Versorgung mit einer ausreichenden und ausgewogenen Ernährung ist aktuell für Millionen Menschen aufgrund der Corona-Krise nicht gewährleistet – eine Schande für ein reiches Land wie Deutschland. Die Corona-Pandemie droht zu einem Programm für Ernährungsarmut zu werden.

Die von Ihrer Partei mitgetragene Bundesregierung, deren für diese Problematik maßgebliche Ministerien von SPD-Politiker*innen geführt werden, vernachlässigt ihre Verantwortung ausgerechnet für die Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Es gibt mehrere Gründe dafür, dass die Corona-Krise die Versorgung der Ärmsten mit ausreichend und vor allem einer ausgewogenen Ernährung akut bedroht:

- Kinder aus Familien mit geringem Einkommen haben unter normalen Umständen Anspruch auf ein kostenloses Mittagessen in Schule oder Kindergarten – der entfällt de facto, seitdem diese Einrichtungen geschlossen sind.
- Einrichtungen wie die Arche und die Tafeln mussten bundesweit hunderte Einrichtungen schließen, auf die – schon in normalen Zeiten Ausweis eines staatlichen Versagens – armutsgefährdete Kinder oder auch Rentnerinnen und Rentner zur Versorgung mit Lebensmitteln angewiesen sind. Damit fallen Angebote weg, die für Millionen von Menschen bislang eine Grundversorgung und teilweise auch ein Mindestmaß an Qualität bei der Ernährungsqualität gewährleistet haben.
- Die Lücken lassen sich für Betroffene nur mit erheblichen Mehrkosten füllen – ausgerechnet in einer Zeit, in der Jobverluste und Kurzarbeit viele Einkommen noch zusätzlich verringern. Einnahmequellen „auf der Straße“ (durch Musik, Zeitungsverkauf und auch Bettelei) sind massiv eingeschränkt oder versiegt, die für Menschen ohne Leistungsanspruch gegenüber dem

deutschen Staat (wie z.B. Menschen aus einigen osteuropäischen Ländern) die Existenzgrundlage darstellten.

- Erschwerend kommt hinzu, dass die Preise für frische Lebensmittel in den letzten Wochen so stark gestiegen wie seit zwei Jahren nicht mehr, wie Daten des AMI Verbraucherpreisspiegels auf Basis des GfK-Haushaltspanels zeigen. Aufgrund der fehlenden Saisonarbeiter bzw. Erntehelfer war Gemüse, bekanntlich die Grundlage einer ausgewogenen Ernährung, im April 2020 ganze 27,1 Prozent teurer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Insgesamt beträgt der Preisanstieg für Frischwaren im Vergleich zum Vorjahresmonat 9,5 Prozent. In Summe führt all das zu einem erheblichen Mehraufwand, um eine ausreichende und vor allem ausgewogene Ernährung sicher zu stellen. Und diese ist gerade in Zeiten der Corona-Pandemie wichtiger denn je, schließlich ist eine ausgewogene Ernährung mit reichlich frischem Obst und Gemüse ist ein wichtiger Baustein für die Stärkung des Immunsystems. Der Preisanstieg gerade bei frischen Lebensmittel betrifft alle Verbraucher*innen und schränkt die Möglichkeiten einer ausgewogenen Ernährung ein.

Wir betrachten es als staatliche Aufgabe, gegenzusteuern und zu helfen. Das Deutsche Kinderhilfswerk, die Tafeln, der Paritätische Gesamtverband und auch foodwatch haben in den vergangenen Wochen Soforthilfen gefordert. Bundesarbeitsminister Heil versprach am 3. April 2020 vor Millionen-Publikum bei „hart aber fair“ in der ARD, die Möglichkeit eines Hilfspakets für Hartz-4-Empfänger zu „prüfen“ und hat auch weitere mögliche Maßnahmen ins Gespräch gebracht. Bundesfamilienministerin Giffey hatte kurz darauf eine Lösung angekündigt. Das Problem sei bekannt, zitierte die Tagesschau Frau Giffey am 5. April 2020 - „spätestens nach Ostern“ wollte sie demnach ein Lösungskonzept vorlegen.

Die bisher bekannt gewordene Überlegung aus dem Bundesarbeitsministerium, zumindest das weggefallene kostenlose Mittagessen in Schulen und Kitas durch Zuschüsse für die Belieferung mit Caterern zu kompensieren, halten wir für lebensfern. Vor allem aber wird sie den beschriebenen Problemen nicht gerecht. Diese erfordern ein anderes Handeln – es zu unterlassen, steht im Widerspruch dazu, wenn die SPD auf ihrer Webseite mit Bezug auf die Corona-Krise betont: „Das wichtigste ist der Schutz der Gesundheit“ und „Es geht um Solidarität, für einander da sein“. Dazu gehört nach unserer Auffassung auch, dass die konkreten Gefahren von Hunger und Mangelernährung nicht geduldet werden, sondern alle Menschen in diesem Land die Möglichkeit erhalten, sich ausreichend und ausgewogen zu ernähren.

Sehr geehrte Frau Esken, sehr geehrter Herr Walter-Borjans, wir fordern Sie daher auf, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung ein Sofortprogramm gegen Ernährungsarmut beschließt. Neben einer Aufstockung der Regelsätze ist hierzu aus unserer Sicht auch ein bundesweiter Koordinator für Ernährungssicherheit notwendig. Dieser müsste mit einem angemessenen Etat ausgestattet sein und dafür Sorge tragen, dass Akuthilfe gegen Hunger oder Mangelernährung koordiniert wird und dort ankommt, wo sie dringend benötigt wird.

Wir erbitten Ihre Antwort bis Donnerstag, den 7. Mai 2020.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Rücker
Geschäftsführer



Oliver Huizinga
Leiter Recherche & Kampagnen